



SVP Bezirk Dielsdorf, Jahresbericht des Präsidenten, 2025

International

Das Jahr 2025 hat einmal mehr verdeutlicht, wie fragil die internationale Ordnung geworden ist. Die anhaltenden Konflikte – insbesondere in der Ukraine sowie im Nahen Osten – haben nicht nur direkte sicherheitspolitische Auswirkungen auf Europa, sondern auch indirekt auf die Schweiz.

Die Zahl der Krisenherde nimmt weltweit zu, und mit ihnen wächst der Druck auf stabile Staaten wie die Schweiz. Die anhaltenden massiven Migrationsbewegungen zeigen deutlich, dass ein funktionierender Grenzschutz und eine konsequente Asylpolitik unerlässlich sind. Staaten, die ihre Souveränität nicht schützen, verlieren zunehmend die Kontrolle über ihre eigene Entwicklung.

Gerade in einem solchen Umfeld bestätigt sich die Haltung der SVP: **Die Schweiz darf sich nicht von internationalen Organisationen und fremden Interessen abhängig machen.** Unsere Stärke liegt in unserer Unabhängigkeit, unserer Neutralität und der direkten Demokratie. Diese bewährten Pfeiler garantieren Stabilität in einer zunehmend instabilen Welt.

Auch die wiederkehrenden Turbulenzen und die Unsicherheiten auf den globalen Märkten unterstreichen die Bedeutung einer eigenständigen Wirtschaftspolitik. Versorgungssicherheit, stabile Rahmenbedingungen, Wettbewerbsfähigkeit und eine funktionierende Infrastruktur sind keine Selbstverständlichkeiten mehr – sie müssen aktiv verteidigt werden.

Besonders deutlich zeigt sich die Bedeutung der inneren und äusseren Sicherheit: Globale Konflikte haben direkte Auswirkungen auf die Sicherheitslage im Inland. Die Zunahme gesellschaftlicher Spannungen, importierter Konflikte und extremistischer Tendenzen verlangt eine klare politische Antwort. Für die SVP ist klar: **Sicherheit ist die Grundlage von Freiheit.** Ohne Sicherheit gibt es keine funktionierende Gesellschaft und keinen Wohlstand.

Gerade deshalb muss die Schweiz ihre Interessen selbstbewusst vertreten und ihre Souveränität konsequent verteidigen, sei es gegenüber internationalen Organisationen, bei Migrationsfragen oder im wirtschaftlichen Wettbewerb.

Zusammengefasst gilt mehr denn je: **Freiheit, Sicherheit und Wohlstand lassen sich nur bewahren, wenn die Schweiz eigenständig bleibt und ihre politischen Entscheidungen unabhängig trifft.** Die Entwicklungen im Jahr 2025 haben eindrücklich gezeigt, dass der von der SVP vertretene Weg – geprägt von Eigenverantwortung, Neutralität und einer starken, unabhängigen Schweiz – aktueller und notwendiger ist denn je.

Nationale Politik

Auf nationaler Ebene war das Jahr 2025 geprägt von mehreren eidgenössischen Volksabstimmungen, bei denen die Schweizer Stimmbevölkerung wichtige Weichenstellungen vorgenommen hat.

Die SVP hat sich in diesen Abstimmungskämpfen mit klaren Positionen eingebracht und sich konsequent für eine bürgerliche, freiheitliche und wirtschaftsfreundliche Politik eingesetzt. Die Resultate der Abstimmungen zeigen einmal mehr, wie wichtig eine glaubwürdige und standhafte politische Arbeit ist.

Im Zentrum der politischen Diskussion standen weiterhin Fragen der Migration, der Sicherheit, der Energieversorgung sowie der finanziellen Stabilität unseres Landes. Die SVP setzte sich dabei konsequent dafür ein, dass die Schweiz ihre bewährten Erfolgsfaktoren – direkte Demokratie, Neutralität und Eigenverantwortung – bewahren kann

Eidgenössische Abstimmungen

Im Jahr 2025 fanden auf Bundesebene drei Abstimmungssonntage mit insgesamt fünf Vorlagen statt.

9. Februar 2025 - Umweltverantwortungsinitiative

Die Initiative verlangte, dass sich die Schweizer Wirtschaft strikt an sogenannte planetare Grenzen anpasst.

→ Die Vorlage wurde mit rund 70 % Nein-Stimmen klar abgelehnt.

Aus Sicht der SVP ist dieses Resultat ein deutliches Signal gegen eine ideologisch geprägte Politik, die den Wirtschaftsstandort massiv geschwächt hätte.

28. September 2025

Bundesbeschluss über Liegenschaftssteuern auf Zweitliegenschaften

→ Angenommen mit 58 % Ja

E-ID-Gesetz (elektronische Identität)

→ Knapp angenommen mit 50.4 % Ja

Während die Zustimmung zur Vorlage über Zweitliegenschaften klar ausfiel, zeigte das äusserst knappe Resultat bei der E-ID, dass datenschutzrechtliche und staatspolitische Bedenken in der Bevölkerung weiterhin stark verankert sind.

30. November 2025

Service-citoyen-Initiative (allgemeine Dienstpflicht)

→ Deutlich abgelehnt mit 84 % Nein

Erbschaftssteuer-/Klimafinanzierungsinitiative („Initiative für eine Zukunft“)

→ Deutlich abgelehnt mit 78 % Nein

Die beiden klaren Abstimmungsergebnisse zeigen, dass die Schweizer Bevölkerung weder neue Zwangsdienste und Konkurrenz zur Militärdienstpflicht noch zusätzliche steuerliche Belastungen – insbesondere in Form von Umverteilungspolitik – unterstützt.

Insgesamt bestätigten alle eidgenössischen Abstimmungen 2025 aus Sicht der SVP eine mehrheitlich bürgerliche Grundhaltung der Bevölkerung mit Skepsis gegenüber staatlichen Eingriffen und ideologischen Projekten.

Kantonal

Das politische Jahr 2025 im Kanton Zürich war geprägt von Richtungsentscheiden in zentralen Politikfeldern wie Finanzen, Energie, Wohnraumpolitik und staatlicher Regulierung. Aus Sicht der SVP zeigte sich dabei einmal mehr ein Spannungsfeld zwischen bürgerlicher Vernunftpolitik und einem anhaltenden Druck seitens linker und grüner Kräfte hin zu mehr Staat, mehr Regulierung und höheren Abgaben.

Besonders deutlich wurde dies im Bereich der Finanz- und Steuerpolitik. Die Ablehnung der Steuervorlage im Frühjahr war ein Rückschlag für die Standortattraktivität des Kantons. Gerade in Zeiten zunehmenden interkantonalen und internationalen Wettbewerbs wäre es entscheidend, die Rahmenbedingungen für Unternehmen gezielt zu stärken, um Arbeitsplätze und Wohlstand langfristig zu sichern.

Insgesamt zeigte das Jahr 2025, dass die Zürcher Bevölkerung ein sehr gutes Gespür für ausgewogene Politik hat. Überrissene Forderungen nach mehr Staat wurden wiederholt zurückgewiesen, während pragmatische Lösungen Zustimmung fanden.

Für die SVP ist klar: Der Kanton Zürich muss auch in Zukunft auf Eigenverantwortung, wirtschaftliche Stärke, Sicherheit und massvolle staatliche Rahmenbedingungen setzen, um seine führende Rolle als Lebens- und Wirtschaftsraum zu behaupten.

Kantonale Abstimmungen im Kanton Zürich

Auch im Kanton Zürich fanden 2025 mehrere gewichtige Abstimmungen statt.

18. Mai 2025

Änderung Steuergesetz (Unternehmenssteuern)

→ Abgelehnt mit 54.5 % Nein

Die Ablehnung dieser Steuervorlage ist aus bürgerlicher Sicht bedauerlich, da sie die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Zürich hätte stärken müssen. Der Kanton Zürich verkommt aus Sicht der juristischen Personen resp. der Wirtschaft und des Gewerbes zur Steuerwüste!

28. September 2025

Änderung des Zürcher Energiegesetzes

→ Abgelehnt mit 59.5 % Nein

Die Vorlage sah vor, die Klimaziele derart zu verschärfen, dass der Kanton Zürich bereits bis 2040 klimaneutral («Netto-Null») werden sollte.

Aus Sicht der SVP handelte es sich dabei um ein realitätsfremdes und überhastetes Projekt, das mit erheblichen Eingriffen in den Alltag der Bevölkerung sowie massiven Belastungen für Hauseigentümer, Gewerbe und Industrie verbunden gewesen wäre.

Die SVP hat sich deshalb klar gegen diese Vorlage gestellt und erfolgreich das Referendum ergriffen. Das Resultat fiel erfreulich deutlich aus. Dieses Abstimmungsergebnis ist aus Sicht der SVP ein glasklares Zeichen dafür, dass die Bevölkerung eine massvolle Energiepolitik einer ideologisch getriebenen Klimapolitik vorzieht.

30. November 2025

Mehrere kantonale Vorlagen standen zur Abstimmung:

Einführungsgesetz Krankenversicherung (Prämienverbilligung)

→ Abgelehnt mit 51,1 % Nein

Initiative «Digitale Integrität» sowie Gegenvorschlag

→ Beide abgelehnt mit 74,6 resp. 55.6 % Nein

Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen»

→ Abgelehnt mit 59,3 Nein

→ Gegenvorschlag angenommen 51 % Ja

Änderung Strassengesetz, SVP-Mobilitätsinitiative

→ Angenommen mit 56,8 % Ja

Die Stimmbevölkerung steht staatlichen Eingriffen, zusätzlichen Regulierungen und ideologisch geprägten Forderungen weiterhin kritisch gegenüber. So scheiterten sowohl die Initiative zur digitalen Integrität als auch deren Gegenvorschlag deutlich. Auch die Initiative für mehr bezahlbare Wohnungen wurde abgelehnt.

Zwar wurde beim Thema „bezahlbare Wohnungen“ ein Gegenvorschlag knapp angenommen, doch auch dieser Entscheid ist differenziert zu betrachten. Aus Sicht der SVP bleibt zentral, dass der Wohnungsmarkt nicht durch zusätzliche Vorschriften und staatliche Eingriffe verzerrt wird, sondern durch attraktive Rahmenbedingungen für Investitionen gestärkt werden kann.

Ebenfalls abgelehnt wurde eine Vorlage im Bereich der Prämienverbilligungen. Dieses Resultat unterstreicht, dass die Bevölkerung zwar die steigenden Gesundheitskosten als Problem erkennt, aber keine einseitigen und kostenintensiven Ausbauprogramme des Staates unterstützt.

Positiv aus Sicht der SVP hervorzuheben ist die Annahme der Änderung des Strassengesetzes, welche die Bedeutung einer funktionierenden Infrastruktur unterstreicht. Gerade in einem wirtschaftsstarke Kanton wie Zürich ist eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur eine zentrale Voraussetzung für Wohlstand, Mobilität und Lebensqualität.

Bezirk

Auf Bezirksebene kann das Jahr 2025 insgesamt als politisch ruhiges Jahr bezeichnet werden. Es standen keine aussergewöhnlichen Grossprojekte oder richtungsweisenden Abstimmungen im Zentrum.

Die Ortssektionen der SVP im Bezirk Dielsdorf haben jedoch weiterhin engagiert die kommunalen Geschäfte begleitet und sich in ihren Gemeinden aktiv eingebracht. Diese kontinuierliche politische Arbeit bildet das Rückgrat unserer Partei.

Erfreulich ist, dass mehrere Sektionen im Bezirk im vergangenen Jahr einen Mitgliederzuwachs verzeichnen konnten. Dies zeigt, dass unsere Politik Anklang findet und die Verankerung in der Bevölkerung weiter gestärkt werden konnte.

Bezirkswahlen

Ein bedeutender Schwerpunkt bildeten die Bezirkswahlen, welche vollständig in stiller Wahl stattfanden. Dabei konnten wichtige Mandate erfolgreich verteidigt beziehungsweise bestätigt werden:

- Der bisherige Staatsanwalt Ioannis Tsiartsianis wurde wiedergewählt.
- Ebenso wurde der amtierende Bezirksrichter Christian Büchi in seinem Amt bestätigt.
- Wahl von Gerhard Rimann zum neuen Statthalter und Bezirksratspräsident

Einen besonderen Höhepunkt stellte die Wahl von Gerhard (Geri) Rimann dar, der zum neuen Bezirksratspräsidenten und Statthalter gewählt wurde. Zudem wurde Daniel Widmer als Mitglied des Bezirksrats gewählt, nachdem er entschieden hatte, nicht mehr als Bezirksratspräsident zu kandidieren. Mit seinem Verbleib im Bezirksrat leistet Daniel Widmer einen wichtigen Beitrag zur Kontinuität der wichtigen Bezirksbehörde.

Dass sämtliche diese Wahlen in stiller Wahl erfolgten, ist ein starkes Zeichen. Es zeigt einerseits, dass über die Parteigrenzen hinweg verlässliche und anerkannt gute Arbeit geleistet wird. Andererseits unterstreicht insbesondere die erfolgreiche stille Wahl um das Bezirksratspräsidium, dass die SVP im Bezirk Dielsdorf eine klare politische Hausmacht darstellt. Unsere Kandidatur mit Geri Rimann waren grundsolide, breit abgestützt und letztlich kaum angreifbar.

Danksagung

Abschliessend danke ich allen Sektionen im Bezirk Dielsdorf herzlich für ihren Einsatz im vergangenen Jahr.

Ein besonderer Dank gilt den Vorständen, die mit grossem Engagement und auf ehrenamtlicher Basis einen unverzichtbaren Beitrag zum Funktionieren unserer Partei leisten. Sie sind das Gesicht und die Basis unserer Partei.

Ein weiterer Dank geht an alle kommunalen Behördenmitglieder der SVP in Gemeinderäten, Schulpflegen, Kirchenpflegen, Sozialbehörden und Rechnungsprüfungskommissionen. Sie alle leisten einen wichtigen Beitrag für die hohe Glaubwürdigkeit unserer Partei auf kommunaler Ebene.

Ihr Einsatz ist die Grundlage unseres Erfolgs – herzlichen Dank!

Niederglatt, 17. Mai 2026



Präsident, Stefan Schmid